



Endlich erlöst werden aus versteinerten Strukturen und klaren Sinnes in die Zukunft schreiten: Der Industrielle und Exfinanzminister Hannes Androsch über seine Motivation, ein Bildungsvolksbegehren zu initiieren. **Seite U 7**

„Die Zukunft durch Bildung gestalten“

Niemand erkenne den Zukunftswert von Bildung, moniert **Hannes Androsch**. Mit seinem Volksbegehren will er die versteinerten Machtstrukturen des Landes aufbrechen, erfuhren **Tanja Traxler** und **Dominik Zechner**.

UNI STANDARD: Wenn das Budget den gesellschaftlichen Minimalkonsens darstellt, würde das heißen, Bildung ist diesem Land einfach viel zu wenig wert?

Androsch: Bei den Universitäten geben wir sicherlich zu wenig aus. Das Parlament hat zwei Prozent des BIPs dafür als notwendig angesehen, seit zehn Jahren sind es nur 1,2 bis 1,3 Prozent. Aber auch dieses Geld ist nicht hinreichend organisiert: Es gibt überlaufene Studien, zehn Fächer tragen 90 Prozent der Studierenden, mit in der Regel langen Studienzeiten und riesigen Drop-out-Quoten. Dies ist in höchstem Maße unzufriedenstellend, sowohl für die Betroffenen als auch die Gesellschaft insgesamt. Bei der Forschung wiederum sind wir mit 2,76 Prozent weit von den als Regierungsziel erklärten vier Prozent des BIPs entfernt.

UNI STANDARD: Es wird kritisiert, dass im Gegensatz etwa zur deutschen Regierung, die österreichische keine so großen Mehrausgaben im Bildungsbereich forciert.

Androsch: Nicht annähernd so große – und das ist ein Fehler, der korrigiert gehört. Deshalb gibt es auch das Bildungsvolksbegehren, um

den beiden Fachministerinnen in ihren Bemühungen Unterstützung zu geben.

UNI STANDARD: In Ihrer Zeit als Finanzminister unter Kreisky wurden die Unis geöffnet. Wie kommt es, dass Sie heute offen für Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren eintreten?

Androsch: Studiengebühren allein sind noch kein modernes Hochschulkonzept. Für ein solches sollte man sich die besten Universitäten zum Vorbild nehmen. Ich trete nicht für Studiengebühren ein, sondern allenfalls für Kostenbeiträge, allerdings müssen zugleich eine hinreichende Studienförderung und ein sehr gutes Leistungsangebot gewährleistet sein. Außerdem sind in der Zwischenzeit die Fachhochschulen mit Zugangsbeschränkungen und zum Teil auch Studiengebühren geschaffen worden. Es hat sich in 40 Jahren einiges geändert. Man kann Jahrzehnte nicht beliebig vergleichen, ohne die veränderten Rahmenbedingungen zu berücksichtigen.

UNI STANDARD: Man spielt gegenwärtig gerne infrastrukturelle Projekte gegen Bildungsprojekte aus.



„Wenn wir eine Demokratie sein wollen, müssen wir diese auch ausüben“, rechefertigt Hannes Androsch sein Volksbegehren.

Foto: Reuters/Foeger

Androsch: Davon halte ich ziemlich wenig, weil wir natürlich auch eine moderne Infrastruktur brauchen. Das heißt aber nicht, dass jedes Projekt dringend notwendig ist. Ich will in diesen Chor nicht einstimmen, aber die Notwendigkeit der Errichtung eines Tunnels von regionaler Bedeutung mit projektierten Kosten von weit über zehn Milliarden Euro – das ist das Vierfache des Budgets aller unserer Universitäten –, ist schwer nachzuvollziehen.

UNI STANDARD: Ein erfolgreiches Volksbegehren braucht ein populistisch griffiges Thema. Ist Bildung ein solches?

Androsch: Also auf populistischen Pfaden habe ich mich nie bewegt und habe erst recht nicht vor, das jetzt zu tun. Das ist kein populis-

tisches, sondern ein prioritäres Thema, das alle betrifft.

UNI STANDARD: Aber kann ein Volksbegehren das auch vermitteln?

Androsch: Wenn Sie ein besseres Mittel kennen, ist es mir recht. Derzeit haben wir eine Pattstellung in den versteinerten Machtstrukturen des Landes, und dabei kommt Bildung unter die Räder.

UNI STANDARD: Ihre Kritiker merken an, Sie hätten den Kanzler einfach anrufen können, um das Thema Bildung in den Nationalrat zu bringen.

Androsch: So funktioniert das demokratiepolitisch ja wohl nicht! Der Weg des Volksbegehrens wurde gewählt, um eine breite Willensbekundung des Souveräns an den Nationalrat heranzutragen. Wenn wir eine Demokratie sein wollen, müssen wir diese auch

ausüben. Telefonate – zwischen wem auch immer – können meines Wissens nicht als vollendeter demokratischer Vorgang gelten.

UNI STANDARD: Widmet die SPÖ dem Thema Bildung genug Aufmerksamkeit?

Androsch: Bildung kann man nicht genug Aufmerksamkeit schenken. Aufholbedarf gibt es genug. Es ist wichtig, dass die Bildung den Stellenwert bekommt, den sie für die Zukunft hat. In einem Satz: entweder die Zukunft durch Bildung gestalten – oder sie verlieren.

HANNES ANDROSCH (72) war von 1970–1981 Finanzminister und von 1976–1981 Vizekanzler (SP). Der Industrielle und Aufsichtsratschef des Austrian Institute of Technology (AIT) ist seit Oktober Vorsitzender des Rates für Forschung und Technologieentwicklung.



„Wir brauchen eine offensive Universitätspolitik“

Dass in Loipersdorf alles nicht gar so rund lief, die Unis unterfinanziert sind und in jedem von uns ein kleiner Mozart steckt, erführen **Tanja Traxler** und **Dominik Zechner** von Bildungsministerin **Claudia Schmied**.

UNI STANDARD: Die SPÖ scheint sich momentan schleichend von liebgewonnen Idealen wie dem freien Hochschulzugang und der gebührenfreien Uni zu verabschieden.
Schmied: Das sehe ich nicht so. Die Sozialdemokratie bekennt sich zum freien Zugang, der ja in Parteibeschlüssen festgehalten ist. Es ist mir wichtig, das Thema Studiengebühren herauszulösen aus der derzeitigen Finanzierungs-klemme, in der die Universitäten stecken. Faktum ist, dass die Zahl der Studierenden zunimmt. Wir brauchen eine offensive Universitätspolitik, mehr Studienplätze und mehr Absolventen. Wörüber

wir jetzt mit der ÖVP Gespräche führen, betrifft eine Studieneingangsphase in einzelnen Massenfächern, wo es in der Tat für die Unis schwierig ist zu planen, weil sich viele Studierende zwar anmelden, dann aber die Veranstaltungen nicht besuchen. Der Studienbeginn muss nicht nur im Interesse der Universitäten, sondern auch im Interesse der Studierenden geregelt werden, das heißt eine Serie von Prüfungen, die für das Studium angerechnet werden und einen Einblick ins Studium, eine Orientierung zu ermöglichen.

UNI STANDARD: Sie sehen darin keinen Widerspruch zum freien Hochschulzugang?
Schmied: Nein, das ist für mich kein Widerspruch, wenn es Teil des Studiums ist und mehrere Prüfungen umfasst.

UNI STANDARD: Auch wenn die SPÖ bei Studierenden immer noch besser ankommt als die ÖVP, scheint sie die Unis demonstrativ als Stiefkinder zu behandeln.
Schmied: Faktum ist, dass wir insgesamt für den Bereich Bildung



Einen „Schulterschluss über Parteigrenzen hinweg“ fordert Claudia Schmied für die Bildung. Foto: Corn

mehr Geld aufwenden müssen, das zeigen uns ja auch internationale Studien. Wir werden über die Offensivmittel, die wir jetzt bekommen haben, in den nächsten Jahren verstärkt in Bildung investieren. Österreich hat keine Bodenschätze, unsere Schätze sind die Menschen, die hier leben.

UNI STANDARD: Renommierte Studien empfehlen, gerade jetzt in konjunkturell schwachen Zeiten in Bildung zu investieren. Warum fällt es der Politik trotzdem so schwer?
Schmied: Wenn Sie bei einer Regierungssitzung dabei wären, würden Sie merken, dass wir im Bildungsbereich noch – relativ betrachtet – in einer privilegierten Partnerschaft leben, weil andere Ressorts viel massivere Kürzungen hinnehmen müssen. Wir müssen das in den Relationen sehen. Immerhin bekommt der Bildungsbereich jetzt Offensivmittel.

UNI STANDARD: Die ÖVP meint, für die meisten sollte die Uni mit dem Bachelor vorbei sein. Vertrauen auch Sie einem Titel, dem die Wirtschaft nicht vertraut?
Schmied: Ich vertraue dem Bachelor. Nach der Bologna-Architektur müssen wir vorsehen, dass mit dem Bachelor auch der Berufseinstieg möglich wird. Allerdings, Stichwort Bologna reloaded, sollten wir uns schon Zeit nehmen,

uns anschauen, wie die Studiengänge aufgebaut sind. Außerdem müssen wir die Verschulung begrenzen, damit Prüfungen wieder flexibler absolviert werden können. Ministerin Karl hat hier meine volle Unterstützung. Außerdem setzen wir in der Schule Schwerpunkte mit Blickpunkt Universitäten. Die Berufstrennung wird besser vorbereitet. Wir sollten uns in der Schule generell mehr Zeit lassen, um die Talente und die Interessen der Schüler zu entdecken. Mein Credo lautet: Wir brauchen mehr Menschen mit höherer Bildung, denen es gelingt, entlang ihrer persönlichen Interessen und Neigungen ihren Berufsweg zu gehen und zu mehr Selbstverantwortung, zu einem selbstbestimmteren Leben zu kommen. Ich zitiere gerne Antoine de Saint-Exupéry „In jedem von uns steckt ein kleiner Mozart!“, es muss ja nicht immer die Komposition sein. (lacht)

UNI STANDARD: Wäre die Familienbeihilfe auch gekürzt worden, wenn es die längeren Diplomstudien noch gäbe?
Schmied: Ich glaube, das wäre auch dann gekommen, nämlich aus einer budgetären Not heraus. Ich kann nur die generelle Stimmung von Loipersdorf wiedergeben, und die war sehr stark von Budgetrestriktionen geprägt, was

letztlich auch dazu geführt hat, dass wir gewisse Punkte, etwa den Konnex Stipendien und Familienbeihilfe, schlicht und einfach übersehen haben.

UNI STANDARD: Können Sie den Eindruck bestätigen, dass es gerade in Österreich besonders schwierig ist, den Bildungsbereich zu forcieren?
Schmied: Wir werden in der nächsten Zeit intensive Schritte setzen müssen, der Bildung auch gesellschaftlich einen höheren Stellenwert zu geben, und daher freue ich mich über das angekündigte Volksbegehren von Hannes Androsch. Wir brauchen im Bildungsbereich über die Parteigrenzen hinweg einen Schulterschluss der Vernunft und der intellektuellen Kräfte im Land.

UNI STANDARD: Apropos Androsch: Gerade die Kreisky'sche Bildungs-offensive machte die SPÖ beim damaligen Wähler hochattraktiv. Wieso ist es nicht möglich, dass die SPÖ auch heute eine breitangelegte Bildungs-offensive als politisches Vehikel verkauft?
Schmied: Das wird schon noch. Ich arbeite fest daran! (lacht).

CLAUDIA SCHMIED (51) studierte Wirtschaftswissenschaften an der WU Wien. Die kunstsinnige Bankerin wurde am 11. Jänner 2007 als Ministerin für Unterricht, Kunst und Kultur (SPÖ) angelobt.